

Auch im Landtag spräsidium haben die Sozialdemokraten die Geschäfte des Bürgertums besorgt. Man muß schon feststellen, daß auch unter einem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten die Verschlechterung der Geschäftsordnung durchgeführt wurde und daß unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten sämliche reaktionären Maßnahmen der alten Geschäftsordnung brutal zur Anwendung gebracht wurden. Man muß feststellen, daß bei der Bevölkerung der Erwerbslosen die Vertreter der Erwerbslosen von der Tribüne mit Gewalt entfernt wurden und daß kommunistische Abgeordnete aus dem Landtag entfernt wurden. (Abg. Schmidt [D.V.P.]: Das war auch nötig!) Daher Sie (zur D.V.P. gewendet) daß für richtig halten, daran zweifle ich keine Minute, aber daß die Sozialdemokraten das abstreiten wollen und in das Gegenteil umkehren, um draußen mit einer anderen Maske auftreten zu können als hier, das ist das, was wir feststellen.

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Landtagsfraktion gehören auch in Sachlich und praktisch zu dem Block der Konterrevolution, der die Wirtschaft der kapitalistischen Rationalisierung, der Massenausbeutung und Ausbeutung, des Steuerdrucks und der brutalen Niederknüppelung der Arbeiterschaft zum Aus- und Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft unterstützt und bildet.

Wir stellen fest, daß nur die Kommunistische Partei den Kampf gegen den Kapitalismus, den kapitalistischen Staatsapparat und die gelammierte Kräfte der Konterrevolution führt. Nur sie führt den Kampf und Sieg der Arbeiterklasse. (Zuruf b. d. Soz.: Sie siegen sich noch zu Tode!) Die Kommunistische Partei hat wie immer auch im Wahlkampf den Massen gefragt, daß der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation nur der Massenaufstand des Proletariats (Bravo! b. d. Komm.), die Niederringung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Befreiung des kapitalistischen Staatsapparates und die Errichtung des proletarischen Staates ist. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist die Basis zum Aufbau des Sozialismus. (Sehr gut! b. d. Komm.) Der Ausgang der Wahlen hat uns gezeigt, daß die revolutionäre Haltung der Kommunistischen Partei die Arbeiter in breiter Weise für die revolutionäre Bewegung gewinnt. Die Massen des revolutionären Proletariats stehen zur führenden Partei des Proletariats, zur Kommunistischen Partei. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Die in Sachsen von den hier damals hier sijenden Böttcher, Lieberach und Sievert geführten Brandenrissen, die während des Wahlkampfes gegen die KPD mit den schmutzigsten Verleumdungen aufgetreten sind, die den Bürgerlichen und Sozialdemokraten die Massen gegen die KPD geliefert haben und die versucht haben, die Arbeiter zu verwirren, sind entscheidend geslagen. Die Arbeiter sind dieser Renegatengruppe nicht gefolgt, sie ist aus diesem Landtag verschwunden.

Dort, wo die Kommunistische Partei ihre revolutionäre Politik am entschiedensten und zielsichersten durchgeführt hat, in einigen Orten, wie in Borna, Glauchau, Meerane, wo sie während des Kampfes Kampfausschüsse gebildet hat, wo sie am entschlebenen aufrat und die Interessen der Arbeiter wahrnahm, dort sind trotz des Terrors, trotz der Betriebsmandate, trotz der Blutheze der vereinigten Bürgerlichen und Sozialdemokraten neue Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei gestoßen, während die SPÖ verloren hat und die Bürgerlichen und Faschisten geslagen worden sind. (Zuruf b. d. Soz.: "Massen ist gut!")

Die Kommunistische Partei stimmt gegen jeden Vertreter der bürgerlichen Parteien, dieser offenen Feinde des Proletariats. Sie lehnt es aber auch ab, ihre Stimme einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu geben. Die Kommunistische Partei fordert die Massen der Arbeiter auf, mit aller Klarheit die Rolle des Parlaments und der den kapitalistischen Staat erhalten und verleidigen Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten zu erkennen. Die Kommunistische Partei sieht, wie gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und den kapitalistischen Staatsapparat, so auch gegen diese Parteien in schärfster Kampffstellung. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Die KPD vertreibt ironischlos und konsequent die Interessen der Arbeiterklasse. Zum Kampf um diese Interessen mobilisiert sie die Massen der Arbeiter.

Der Parteitag der KPD hat die geschlossene Einheitslichkeit, die revolutionäre Entschlossenheit der Partei bewiesen. (Lebhafte Heiterkeit) Er hat aber auch bewiesen, daß die Massen der revolutionären Arbeiter (Zuruf b. d. Soz.: Nichts zu sagen haben!) — Heiterkeit — zur Partei des Proletariats, zur Kommunistischen Partei stehen. Dutzende von Delegationen aus den größten Betrieben Berlins (Erneute Heiterkeit), Rehnauende von Demonstranten legten ihr Treuegelöbnis für die Partei der proletarischen Revolution ab. Der Parteitag der KPD gelobte den Arbeitern den entschiedensten Klassenkampf und die Fortsetzung angefangen ist, die Wähler zu täuschen. Vielleicht werden

der jetzt beschrittenen revolutionären Klassenkampfslinie. Die KPD fordert alle Arbeiter auf, mit ihr gemeinsam zu kämpfen: gegen den Terror der Unternehmer, gegen Steuerdruck, Lebensmittel- und Vollwucher, gegen die blutige Unterdrückung und die Verbote der revolutionären Organisationen und ihrer Presse, gegen den Sozialfaschismus und die Kriegsbegehr, gegen den faschistischen Nationalsozialismus und die Stahlhelmbewegung (Lachen b. d. Soz.), für höhere Löhne, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für den achtfündigen Maximalarbeitsstag, für Wohnungen für das Proletariat, für Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationssfreiheit, für den Schutz der Sowjetunion (Lachen b. d. Soz.). Sie fordert sie auf, die revolutionäre Einheitsfront zu schließen, sich unter dem Banner des Kommunismus zu sammeln und den Kampf gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gegen alle Ausbeuter, deren Helfer und ihren Staat zu führen für die Diktatur des Proletariats, für den Kommunismus. (Lebhafte Bravo! b. d. Komm.) — Lachen i. d. Mitte u. rechts)

Ich möchte dazu noch eine Bemerkung machen. (Heiterkeit) Durch die bürgerliche Presse und vor allen Dingen auch durch die sozialdemokratische Presse gingen einige Glossierungen, daß heute die Kommunistische Fraktion einen ihrer Vertreter als Ministerpräsidentschaftskandidaten vorschlagen würde. Die Kommunistische Fraktion hat sowohl in dem, was ich eben erklärt habe, wie auch in ihrer Presse und im Wahlkampf ihre Stellung zu einer parlamentarischen Regierung deutlich genug zum Ausdruck gebracht (Sehr wahr! b. d. Komm.), und es würde der Stellung der Kommunistischen Fraktion, ihrer revolutionären Haltung und ihrer Ablehnung des Parlamentarismus nicht entsprechen, daß sie hier einen Vertreter für den Ministerpräsidenten vorschlagen würde. Wir werden zur Wahl des Ministerpräsidenten weiße Stimmzettel abgeben. (Händeklatschen b. d. Komm.)

Präsident: Ich bitte um weitere Vorschläge für die Wahl des Ministerpräsidenten. (Heiterkeit und Zurufe.)

Abg. Böckel (Soz.): Wir dürfen uns verlegen, sachlich auf die neue Generallinie der Kommunistischen Partei einzugehen (Zurufe b. d. Komm.), um so mehr, da wir sie schon öfters hier gehört haben, und sie ist heute nicht besser vorgetragen worden, als sie der Herr Abg. Böttcher früher vorgetragen hat. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir erinnern uns sogar, daß ein Regierungskommissar von Moskau bei Ihnen dort gesessen hat, der frühere Kollege Ewert, der jetzt ebenfalls als Verbindler auf des Messers Schneide steht und auf dem Kommunistischen Parteitag in Berlin keine angenehme Rolle gehabt hat. Die Inkonsequenz der kommunistischen Stellungnahme besteht darin, daß die Komm. Fraktion weiße Stimmzettel zur Wahl des Ministerpräsidenten abgibt. Es scheint aber doch, daß die neue Generallinie sich wieder etwas geändert hat. Denn in Konsequenz dessen, was die Kommunisten im Wahlkampf verbündet haben, müßten sie eigentlich Herrn Höls zum sächsischen Ministerpräsidenten machen. (Abg. Dobbert: Aber mit einem roten Stimmzettel!) — Sehr richtig! — und Heiterkeit.)

Ich will nur feststellen, daß der Kampf, den die Arbeiterschaft gegen rechts zu führen hat, einzige und allein von der Sozialdemokratischen Partei geführt werden muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir schlagen als Ministerpräsidenten Herrn Reichstagsabgeordneten Fleißner vor. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Siegert (Dnat.): Die Deutschnationale Landtagsfraktion schlägt Herrn Dr. Eberle vor.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.): Die Wirtschaftspartei schlägt Herrn Abg. Kaiser vor.

Abg. Rennert (Komm.): Die Ausführungen des Herrn Abg. Böckel waren nur einige Verlegenheitswoche. (Lachen b. d. Soz.) Es würde ihm sehr schwer fallen sein, auf die sachliche Argumentation der Kommunistischen Partei über das Verhalten der Sozialdemokraten und Regierungskräfte hier eine sachliche Antwort zu geben. Nachdem hier jetzt schon die Vorschläge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei vorliegen, anderseits die Vorschläge der Sozialdemokraten, ist der Ausgang der Wahl an sich ganz klar. Es wird hier in der Mitte der Versuch einer Verschiebung und einer eventuellen Überbrückung zur Koalition gemacht. (Lachen i. d. Mitte.) Deshalb veranlaßt man heute ein solches rotes Rennen. Herr Abg. Dobbert hat ja nicht umsonst in der "Reissner Volkszeitung" die dann von der sächsischen Presse übernommene Bemerkung von dem unglücklichen Schredenskind, dem Finanzminister Weber, gemacht, ehe er an das mahnende Gewissen der Volkspartei und der Demokraten appelliert, sie sollten sich überlegen, wie lange sie noch einen solchen Finanzminister dulden wollen. Ich stelle noch einmal fest, das, was jetzt hier gemacht wird, ist nichts weiter als eine Komödie (Sehr richtig! b. d. Komm.), die dazu

Sie am Donnerstag dieses Theater noch einmal wiederholen, damit Sie dann Gelegenheit haben, über die Gemeinderatswahlen hinwegzubalancieren. Aber ich sage Ihnen, im Oktober sprechen wir uns wieder. (Heiterkeit b. d. Soz.)

Hierauf wird in die

Wahlhandlung

eingetreten, deren Ergebnis folgendes ist:

Es sind 94 Stimmzettel abgegeben worden. Die Wahl ist infolgedessen gültig, da $\frac{2}{3}$ der Abgeordneten ihre Stimmzettel abgegeben haben. (Als eine größere Anzahl weißer Stimmzettel verlesen wird, ruft Abg. Kaupisch: Das ist die Moskauer Geheimschrift! — Heiterkeit — Gegentum b. d. Komm.: Das ist das parlamentarische Assentheater!)

Von den 94 abgegebenen Stimmzetteln lauten auf

Herrn Fleißner (Soz.)	31
Dr. Blüher (DVP.)	13
Dr. Eberle (Dnat.)	9
Kaiser (Wirtsch.)	11
Schreiber (Landvolk)	5
Dr. Apelt (Dem.)	4
Heilt (Altsoz.)	2
Buck (Altsoz.)	1
Dr. Bünger (DVP.)	1
dazu weiße Zettel	17.

Präsident: Die Wahl ist danach ergebnislos verlaufen.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, die nächste Sitzung am Donnerstag, den 20. Juni, mittags 13 Uhr, abzuhalten mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl des Ministerpräsidenten.

2. Vereidigung des Ministerpräsidenten.

Wenn diese Wahl wieder ergebnislos verlaufen sollte, dann soll als Tagesordnung folgendes behandelt werden:

1. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 1,
2. Erste Beratung der Vorlage Nr. 4
- das ist der Staatshaushaltplan und seine Ergänzung;
3. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 3
- das ist der Reichenhaßbericht.
4. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 2, Notverordnungen betreffend, und
5. Erste Beratung über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Blüher u. Gen., Drucksache Nr. 1, und über die dazu aus den Ausschüssen A und B kommenden Anträge, Drucksache Nr. 20 und 24.

Abg. Böckel (Soz.): Wir wissen nicht, wie am Donnerstag die Wahl des Ministerpräsidenten ausfallen wird, wie der Herr Präsident eben gesagt hat. Unsere Fraktion ist aber der Meinung, daß die Wahl eines Ministerpräsidenten und die Wahl einer Regierung die vordringlichste Angelegenheit ist, die ein Landtag zu erledigen hat. Und deshalb bitten wir, wenigstens für Donnerstag davon abzusehen, daß wir noch weitere Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung setzen.

Abg. Rennert (Komm.): Ich bin gerade entgegengesetzte Meinung. Wir haben ein besonderes Interesse an der Erledigung der von uns eingebrachten Anträge, der Anträge zum Erwerbslosenprogramm, zur Erwerbslosenfrage und auch der Anträge, die Arbeitsbeschaffungsanträge sind. Diese Anträge auf Arbeitsbeschaffung sind so wichtig, daß ich der Auffassung bin, man könnte sie auch dann behandeln, wenn das nächste Rennen wieder ohne Erfolg ausgeht. Ich bin dafür, daß unter allen Umständen eine Verhandlung erfolgt, auch wenn die Vereidigung des Ministerpräsidenten erfolgen sollte. Die Anträge kann man ohne Zweifel der neuen Regierungserede vorwegnehmen.

Die von dem Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung wird hiermit angenommen.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluß der Sitzung 14 Uhr 9 Minuten.)

Nachdem Präsident Wedel die Sitzung geschlossen hat, erheben sich kommunistische Tribünenbesucher zunächst mit Rotfrontrufen, die mit "Rotfront" von der Kommunistischen Fraktion erwidert werden. Dann erheben sie sich in Schnäuzer gegen die Sozialdemokraten und auch gegen den Präsidenten Wedel persönlich, so daß dieser die Diencer des Hauses zum Eingreifen auffordert. Unter großem Lärm leert sich allmählich die Tribüne.